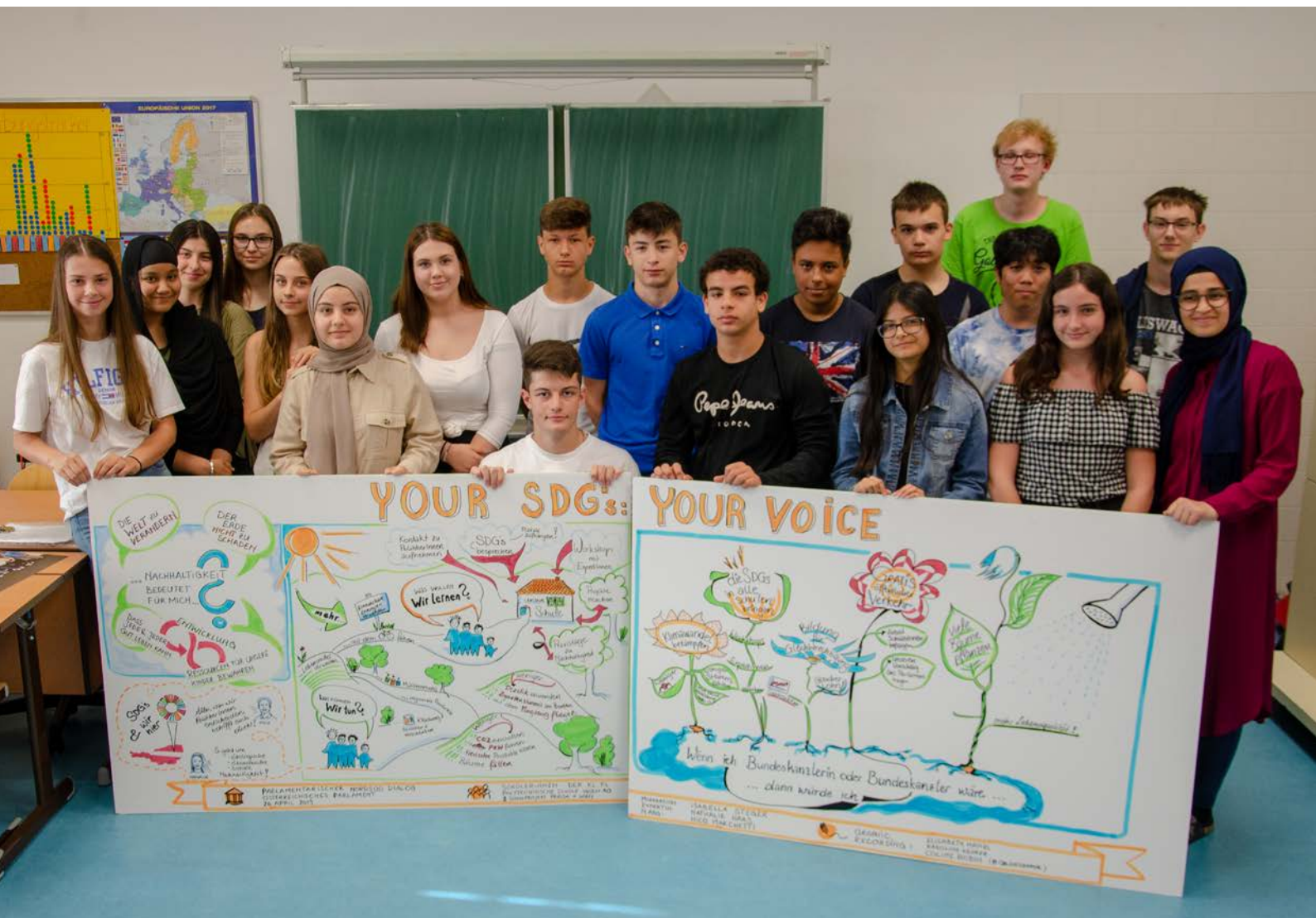


Parlamentarischer NordSüdDialog

Juli 2019



Die Ergebnisse des ersten Jugend-INDABA im österreichischen Parlament wurden in Form von Graphic Records aufgezeichnet, die an die teilnehmenden Klassen in ihren Schulen übergeben wurden. Im Bild die F4 der Polytechnischen Schule Wien 10. Die beiden Tafeln wurden sofort auch in der Klasse aufgestellt. © Nikolas Neubauer

ERSTES JUGEND-INDABA IM ÖSTERREICHISCHEN PARLAMENT

Zahlreiche Jugendliche beteiligten sich an der Diskussion über die Sustainable Development Goals und deren Bedeutung für die Gestaltung ihrer Zukunft

EDUCATIONAL PROGRAMME OF THE NATIONAL ASSEMBLY

Das demokratiepolitische Bildungsprogramm für das sambische Parlament wurde finalisiert – Eckpunkte für eine aktive Partizipation durch Information und Wissen

EINE DUALE BERUFSAUSBILDUNG FÜR SAMBIA

Ideen und Ansätze für eine österreichisch-sambische Kooperation im Bereich der beruflichen (Aus)Bildung für Jugendliche

Editorial



**Sehr geehrte Abgeordnete,
liebe Leserinnen und Leser!**

„Nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen wir“, ist ein gängiger Ausspruch. Frei nach diesem Motto haben die Abgeordneten unserer Peergruppe Schüler*innen aus ihren Wahlkreisen ins Parlament eingeladen, um mit ihnen über die globalen Herausforderungen, wie sie in den SDGs definiert wurden, zu diskutieren. Ziel der Veranstaltung war es, das Bewusstsein der Jugendlichen zu stärken, aber auch, ihre Lösungsvorschläge zu hören.

Eine erfolgreiche Veranstaltung konnten wir auch im Sambischen Parlament durchführen: Das 2. INDABA zum Thema „Job Creation for our Zambian Youth“ wurde unter reger Beteiligung von zuständigen Ministerien, Institutionen, NGOs und vor allem auch von Lehrer*innen und Schüler*innen durchgeführt. Die Ministerin for Higher Education, Prof. Luo, betonte in ihrem Eingangsstatement, die Bedeutung von (Aus-)Bildung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes. Ein Dank an dieser Stelle an die österreichischen Experten des Bildungsministeriums und der Wirtschaftskammer, die als Referenten an dieser Veranstaltung teilgenommen haben.

Leider erhielten wir aus Sambia auch eine traurige Mitteilung: Die Vorsitzende der sambischen Peergruppe, die allseits geschätzte Abgeordnete Patricia Mwashingwele verstarb im Mai völlig unerwartet. Wir haben sie als besonnene und idealistische Kämpferin für die Rechte von jungen Menschen in ihrem Land kennen gelernt. Wir werden sie vermissen!

Der Sommer verspricht – in vielerlei Hinsicht – ein heißer zu werden. Wer vom Klimawandel besonders betroffen ist, erfahren Sie unter Zahlen, Daten, Fakten.

Für die politisch heiße Zeit wünschen wir Ihnen allen, dass sie kühlen Kopf bewahren.

Jutta Kepplinger

Jutta Kepplinger
Projektleitung Parlamentarischer NordSüdDialog

„Your SDGs – Your Voice“

Rege Teilnahme beim ersten Jugend-INDABA im
österreichischen Parlament

Ingrid Pranger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Das erklärte Ziel der Veranstaltung war es, Jugendlichen eine Stimme bei der Gestaltung ihrer Zukunft zu verleihen. Das Wort INDABA ist ursprünglich die Bezeichnung für eine hochrangige Versammlung von izinDuna (Führern) der Zulu oder Xhosa im südlichen Afrika, in der über für die Gemeinschaft wichtige Themen diskutiert und demokratisch entschieden wird. Im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs in Kooperation mit der Bundes Jugend Vertretung (BJV) wurde am 26. April 2019 das erste Jugend-INDABA zu den Sustainable Development Goals im Parlament abgehalten.

Die Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Gruppe, Abg.z.NR Nicho Marchetti, Abg.z.NR Eva-Maria Holzleitner und Abg.z.NR Alma Zadić (in Vertretung von Abg.z.NR Cox), luden jeweils eine Schulklasse aus ihren Wahlkreisen ins Parlament ein. Rund 70 Schüler*innen des Brucknergymnasiums Wels, des Realgymnasiums Billrothstraße aus dem 19. Wiener Gemeindebezirk, der Polytechnischen Schule

aus dem 10. Wiener Gemeindebezirk, sowie Lernende des Projekts PROSA (Schule für Alle) setzten sich einen Tag lang gemeinsam mit Expert*innen und unterstützt durch die Vorsitzenden der BJV sowie den Abgeordneten in Workshops mit den SDGs und deren Bedeutung für ihre Zukunft und die Zukunft der globalen Gesellschaft auseinander. Mit dem Jugend-INDABA wollten die Abgeordneten die Schüler*innen aktiv in die Diskussion um die Implementierung der SDGs in Österreich einbinden und ihre Meinung dazu hören.

Im Format war die Veranstaltung an jenes des Jugendparlaments angelehnt. Wichtig war, so wie im parlamentarischen Prozess, Expertisen und Standpunkte einzuholen und Kompromisse zu erarbeiten, wie auch die Parlamentsvizepräsidentin Susanne Janistyn-Novák betonte, die die Teilnehmer*innen in Vertretung des Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka begrüßte. Die Ergebnisse der Diskussionen in drei Workshops und im Plenum wurden auf Zeichenplatten als Graphic Records



Natalie Haas, Austrian UN Youth Delegate 2018, sowie die Abg.z.NR Zadić, Holzleitner und Marchetti in mitten der zahlreichen jungen Teilnehmer*innen des INDABA.



Die Vizedirektorin des österreichischen Parlaments, Susanne Janistyn-Novák, eröffnete das erste Jugend-INDABA im Rahmen des Parlamentarischen Nord-SüdDialogs.



Prof. Werner Wintersteiner, Friedenspädagoge und einer der Vorreiter des Globalen Lernens in Österreich, stimmte die Jugendlichen darauf ein, dass es bei den SDGs um ihre Zukunft geht.

© alle Fotos PD/Jantzen

dokumentiert. Diese Records wurden im Juni von den Abgeordneten an die jeweiligen Schulklassen übergeben, womit eine neuerliche Auseinandersetzung mit dem Thema initiiert wurde.

Durch die Diskussionen zwischen den Abgeordneten der Joint Parliamentary Peer Group, Expert*innen und den Schüler*innen wurden die Sustainable Development Goals und deren Zielsetzungen bis 2030 lebendig. Es ist entscheidend, jetzt die Weichen für die Erreichung der SDGs und somit einer nachhaltigen Zukunft für die Jugend zu stellen. In diesem Zusammenhang ist der Austausch zwischen jungen Menschen und Entscheidungsträger*innen von besonderem Wert.

Die Veranstaltung war Teil des inhaltlichen Fokus des Parlamentarischen NordSüdDialogs, nämlich des SDG 4.7: „Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.“

2 Fragen an Mag. Tanja Best, Klassen- vorständin der 7N, BRG Brucknerstraße, Wels

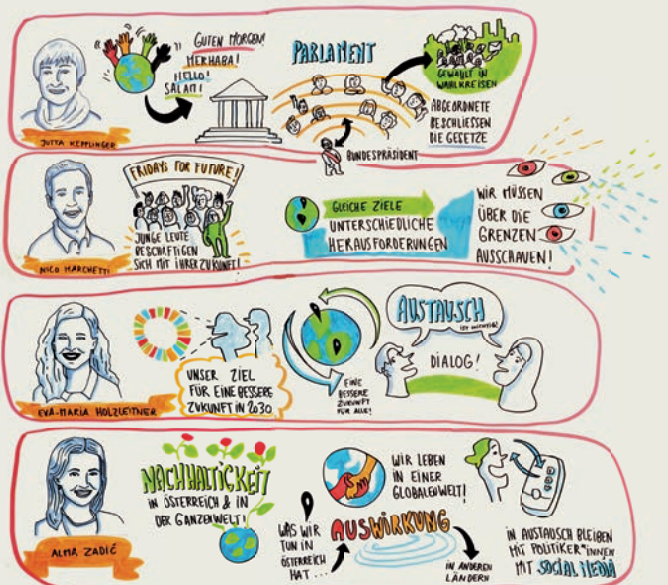
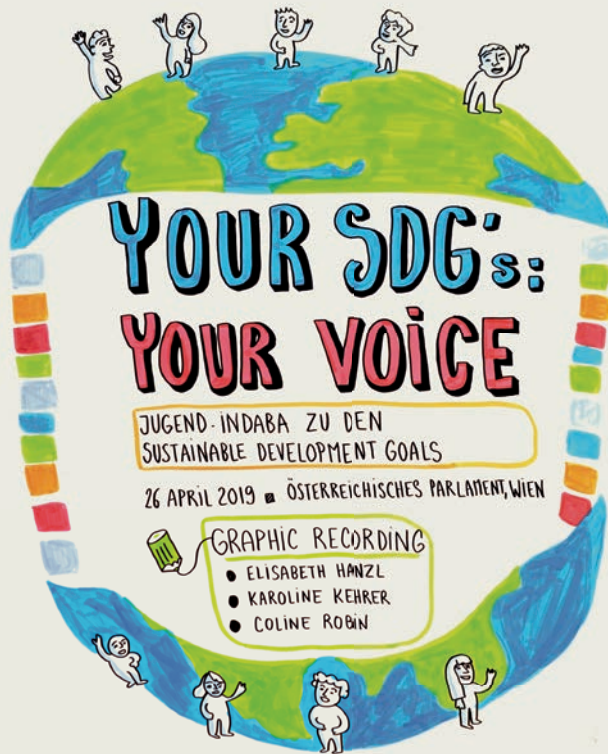
Warum haben Sie sich entschlossen mit Ihren Schüler*innen an diesem INDABA teilzunehmen?

„Wir haben die Einladung als große Chance empfunden, den Schüler*innen einerseits die parlamentarische Arbeit aus einer speziellen Perspektive zu zeigen und andererseits das wichtige und leider in den Lehrplänen sehr vernachlässigte Thema Nachhaltigkeit zu behandeln. Zu ersterem war meine Intention vor allem durch den persönlichen Kontakt das allgemeine Interesse an der Politik zu erhöhen (immerhin sind die Schüler*innen bereits alle wahlberechtigt!). Zum Thema Nachhaltigkeit erschien es mir eine gute Gelegenheit, die Schüler*innen zu sensibilisieren und motivieren sich aktiv mit dem Thema zu beschäftigen. Vor allem die persönliche Verantwortung und die eigenen Handlungsspielräume waren vielen vorher nicht bewusst.“

Was hat das Jugend-INDABA Ihnen und Ihren Schüler*innen gebracht?

„Es war für uns alle ein spannender Tag in Wien. Vor allem wurde, wie erhofft, ein Impuls gesetzt, der die Schüler*innen zum Denken angeregt hat. Im Feedback wurde immer wieder erwähnt, dass sie mehrfach an diesem Tag gemerkt haben, wie wenig sie über einzelne Fragen zum Thema Nachhaltigkeit, Klimawandel, oder Umweltschutz wissen. Daraus haben sich einige Fragen entwickelt, denen die Schüler*innen im Rahmen des Unterrichts detaillierter nachgegangen sind. Um den Impuls des INDABA weiterzugeben, werden im Juni auch andere Klassen unserer Schule von den Schüler*innen im Rahmen von Workshops auf die Themen der Agenda 2030 aufmerksam gemacht.“

Die Ergebnisse der Diskussionen beim Jugend-INDABA wurden in Form von Graphic Records aufgezeichnet. Die Abbildungen stellen Details dieser Records dar und erlauben einen Einblick in die inhaltlichen Schwerpunkte.



Jede Klasse hat sich Gedanken darüber gemacht, was der/die Einzelne dazu beitragen kann, um die SDGs umzusetzen, aber auch darüber, was man im Unterricht lernen sollte, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Eine Frage bezog sich auf die politischen Gestaltungsmöglichkeiten als Bundeskanzler*in.



Klasse 7C des Gymnasium und Realgymnasium Billrothstraße, Wien 19



Lernende von PROSA, Projekt Schule für alle



Klasse 7N Bundesrealgymnasium BRG Brucknerstraße, Wels



Klasse F4 Polytechnische Schule Wien 10

UN Agenda 2030: Mit jungen Menschen die Welt gestalten

Maria Lettner, Referentin im Büro der Bundesjugendvertretung

Bei der 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen Agenda 2030 geht es um die Frage, in welcher Zukunft wir leben wollen. Die Vereinten Nationen liefern auch eine klare Antwort auf diese Frage: Es geht um ein gutes Leben für alle Menschen auf der ganzen Welt. Die in der Agenda enthaltenen Sustainable Development Goals (SDGs) geben die Richtung vor, in die wir dafür gehen müssen. Was es braucht, ist ein transformativer Systemwechsel und kein „Weiter wie bisher“. Als gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Menschen bis 30 Jahre in Österreich sieht die Bundesjugendvertretung (BJV) in der Agenda 2030 die einmalige Chance, globale Herausforderungen gemeinsam mit jungen Menschen zu bewältigen.



Jutta Kepplinger, die Projektleiterin des Parlamentarischen NordSüdDialogs, eröffnete das Jugend-INDABA mit einer kleinen Reise durch die „Welt der Parlamente“.

Die Agenda 2030 und Jugendpolitik haben große Gemeinsamkeiten, denn die Themen sind allesamt Querschnittsmaterie und miteinander verwoben. Auch für die Jugendpolitik sind die SDGs eine gute Richtschnur dafür, über den Tellerrand zu schauen und globale Dimensionen in den Blick zu nehmen. Zahlreiche Ziele weisen einen direkten und indirekten Bezug zu jungen Men-

schen auf, in sechs Bereichen wurden explizit jugendspezifische Ziele formuliert (Hunger, Bildung, Gender, Arbeit, Ungleichheit, Klimawandel). Und: Die SDGs legen einen klaren Fokus auf vulnerable Gruppen, dazu gehören insbesondere Kinder, Jugendliche und Frauen.

Warum ist Jugendbeteiligung gerade bei nachhaltiger Entwicklung wichtig?

Oft sehen sich junge Menschen mit dem Ausspruch konfrontiert, dass „die Jugend die Zukunft ist“. Im Subtext kann das aber auch bedeuten: „Wir Erwachsenen wissen aus Erfahrung, was gut/wichtig/richtig ist und entscheiden deshalb für euch.“ Die BJV widerspricht dem stets bzw. ergänzt den obigen Satz wie folgt: „Junge Menschen sind nicht bloß die Zukunft, sie sind auch die Gegenwart. Das bedeutet, dass sie bereits heute in politische Entscheidungen einbezogen werden müssen.“ Wenn wir unser aller Lebensgrundlagen und insbesondere die nachfolgender Generationen bewahren wollen, muss nachhaltige Entwicklung (siehe Agenda 2030) auch bereits jetzt beginnen und nicht erst im Jahr 2029.

Oft hören wir auch das Klischee, dass sich Jugendliche nicht für Politik interessieren. Unsere Erfahrung ist jedoch, dass wenn man es schafft, junge Menschen adäquat anzusprechen und ihnen zu vermitteln, dass quasi alle Themen, die politisch ausgehandelt werden, auch mit ihrem Leben zu tun haben, sie sich sehr wohl dafür interessieren. Für die BJV ist ganz eindeutig klar: Junge Menschen wollen ihr Leben gestalten und Selbstwirksamkeit erfahren. Abgesehen davon wird von Seiten Erwachsener auch erwartet, dass sich junge Menschen einbringen und eine aktive Rolle in der Gesellschaft einnehmen. Jungen Menschen bei der Umsetzung der Agenda 2030 auch entsprechende Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten, das ist also auch eine Frage der Generationengerechtigkeit.

Dass sie wissen, was unter einem guten Leben für alle zu verstehen ist, haben junge Menschen im Alter von sieben bis zwölf Jahren im Rahmen einer von der Uni Wien durchgeführten Studie¹ eindrucksvoll bewiesen. Anders als viele vermuten würden, ging es in ihren Äußerungen nicht so sehr um Handys oder Tablets für alle, sondern (nach existenziellen Gütern wie Wohnung, Kleidung



Schüler*innen der Klasse 7 N des Bundesrealgymnasiums Brucknerstraße aus Wels.

oder Essen) wesentlich stärker um immaterielle Güter wie Gesundheit, Bildung, sozialer Zusammenhalt oder auch gleiche Rechte für alle. Ein wesentliches Ergebnis der Studie war auch, dass die beteiligten Kinder sehr deutlich artikulierten, dass sie in ihren Meinungen und Anliegen ernst genommen werden wollen und welche Maßnahmen sie von politischen Entscheidungsträger*innen in Sachen Armutsbekämpfung sehen wollen.

Was macht qualitätsvolle Jugendbeteiligung aus?

Wenn wir von Jugendbeteiligung sprechen, dann meinen wir, dass junge Menschen befähigt und ermächtigt werden sollen, sich in politische Prozesse einzubringen. (Demokratiopolitische) Bildung muss dabei als Schlüsselfaktor gesehen werden. Dass Bildungs- und Demokratieprozesse nicht nur in der Schule, sondern auch in Familie, Freizeit, Freundeskreis, am Ausbildungsplatz, in Vereinen und Institutionen passieren und gestaltet werden sollen, muss jedoch immer wieder aufs Neue betont werden.

Die BJV versucht in den letzten Jahren, bspw. vor Wahlen und im Rahmen des EU-Jugenddialogs², politische Entscheidungsträger*innen und junge Menschen in einen Dialog auf Augenhöhe zu bringen. Darunter verstehen wir Formate, in denen (anders als sonst meist üblich) die Politiker*innen nicht vorne oder auf einem Podium sitzen, sondern direkt mit ca. jeweils 10 Jugendlichen an einem Tisch. Unsere



Schüler*innen der Klasse 7C des Gymnasium und Realgymnasium 19 Billrothstraße Wien.

Erfahrung zeigt, dass alle Beteiligten davon profitieren. Junge Menschen melden uns rück, dass sie sich gehört und ernst genommen fühlen. Politische Entscheidungsträger*innen erklären uns, dass sie die Gesprächssituation entlastend und vertrauensstiftend empfinden. Dieses Setting funktioniert auf allen Ebenen, von der lokalen bis zur internationalen. Was es braucht ist Raum, Zeit, fachkundige Begleitung und die Bereitschaft aller Beteiligten, sich auf den Dialog einzulassen.

Jugendbeteiligung steht sehr oft vor der Herausforderung, gewissermaßen einen Spagat hinlegen zu müssen. Wenn sie sich einbringen, dann wollen junge Menschen Selbstwirksamkeit erleben und ein Ergebnis sehen. Wenn für Veränderungen politische Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, brauchen diese Lösungen aber oft mehr Zeit und sind nicht ad hoc umsetzbar. In diesem Fall ist es besonders wich-

tig, Jugendbeteiligung nicht punktuell zu leben, sondern als kontinuierlichen Prozess zu verstehen und zu vermitteln. Praxisbeispiele aus der Jugendarbeit belegen, dass es möglich ist, junge Menschen für Beteiligung zu gewinnen und ihr Verständnis zu erwirken, wenn Kommunikation und Verbindlichkeit stimmen. Die BJV appelliert daher auch immer wieder an Politiker*innen, sich ernsthaft mit jungen Menschen, deren Vorstellungen und Lebenswelten auseinanderzusetzen. Das so gewonnene Verständnis ist unseres Erachtens eine wichtige Grundlage für politische Veränderungen in Richtung nachhaltiger Entwicklung.

Jugendbeteiligung und Agenda 2030

Das erste Jugend-INDABA im österreichischen Parlament, zu dessen Gelingen die BJV kürzlich beitragen durfte, war aus mehreren Gründen ein Beispiel

© alle Fotos auf den Seiten 6,7,8 PD/Jantzen



Moderiert wurden die Workshops von den Vorsitzenden der Bundesjugendvertretung (BJV), Jakob Ulbrich, Isabella Steger und Caroline Pavitsits.

guter Praxis: Erstens bekamen die Schüler*innen im Vorfeld die Möglichkeit, sich auf das Treffen mit den Nationalratsabgeordneten vorzubereiten. Zweitens ermöglichte die Veranstaltung selbst, sich ausführlicher mit der Thematik auseinanderzusetzen. Drittens wurde den Jugendlichen verdeutlicht, dass ihr Input für die Politiker*innen von Relevanz ist. Nicht zuletzt wurde der Bezug von der lokalen über die nationale zur globalen Ebene hergestellt. Am wichtigsten war aus Sicht der BJV, dass den jungen Teilnehmer*innen vermittelt wurde, was die SDGs konkret mit ihrem Leben zu tun haben und dass es für das Erreichen der SDGs entspre-

chende politische Rahmenbedingungen braucht. Denn die Vermittlung der Agenda 2030 darf bei der Zielgruppe „Jugend“ keinesfalls an dem Punkt stehen bleiben, dass allein das individuelle Verhalten ausschlaggebend ist. Bei der Agenda 2030 geht es schließlich darum, dass alle ihren Beitrag leisten – angefangen bei kleinen Schritten jedes und jeder Einzelnen bis hin zu großen Schritten der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen.

¹ Vgl. Studie „Was alle Kinder brauchen“ (2018), Download unter <https://www.bjv.at/genugjetzt/>

² Siehe www.jugenddialog.at

DIE AUTORIN

Maria Lettner ist Referentin im Büro der Bundes Jugend Vertretung in Wien. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen u.a. die Themen Nachhaltige Entwicklung und Partizipation. Die BJV war maßgeblich an der Organisation und Durchführung des ersten Jugend-INDABA im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs im österreichischen Parlament beteiligt.

Hilfreiche Tipps für den Dialog zwischen Jugend und Politik bietet die Lernlandkarte der BJV: www.jugenddialog.at/wp-content/uploads/Lernlandkarte.pdf



Schüler*innen des Projekts PROSA – Schule für Alle.



Abg.z.NR Nico Marchetti diskutiert mit Schülerinnen über deren Vorstellungen von Nachhaltigkeit.

PARLAMENTSPARTNERSCHAFT SAMBIA – ÖSTERREICH

Demokratiopolitisches Bildungsprogramm der National Assembly of Zambia

Jutta Kepplinger, Parlamentarischer NordSüdDialog

Wie bereits in den letzten Newslettern immer wieder berichtet wurde im Rahmen der parlamentarischen Partnerschaft zwischen Sambia und Österreich in einem sehr detaillierten Prozess ein demokratiopolitisches Bildungsprogramm für Schüler*innen in Sambia erarbeitet. Das Dokument wird zu Beginn der neuen Sitzungsperiode im September 2019 offiziell in der National Assembly of Zambia (NAZ) in Lusaka lanciert.

Vision, Mission und Ziele bilden den Rahmen für das Bildungsprogramm. Die Vision ist eine zielgerichtete Beschreibung dessen, was das sambische Parlament für sambische Jugendliche und mit ihnen erreichen möchte. Es soll die Mitarbeiter*innen der NAZ inspirieren und motivieren und allen Stakeholdern die Ziele der NAZ in diesem Bereich deutlich machen.

Basierend auf der Vision wurden fünf ICONs entwickelt, die die Zielgruppe

auf moderne, sprachunabhängige und leicht verständliche Weise erreichen und die erarbeiteten Inhalte vermitteln sollen. Geplant ist, die ICONs für Social Media Auftritte, die Parlamentswebsite, in Spots und eventuell sogar als Wandbemalung im Visitor Centre des Parlaments zu verwenden.

VISION

Bringing the spirit of Democracy to all Zambian Learners through a Parliamentary educational programme to make them better informed and active citizens of the future.

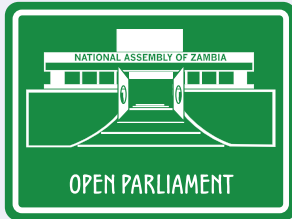


“Active Participation”

The Baobab tree symbolises a coming together, open minded discussion- and decision-making processes. Democracy is more than just voting but also involvement on a daily basis and taking responsibility in one’s own personal sphere of life.

MISSION

Parliament providing educational services that allow Zambian Learners to experience and learn more about democracy and become contributing members of our society.



“Open Parliament”

This icon represents the self-understanding of the National Assembly of Zambia to be accessible and approachable for its citizens, especially for the Zambian Learners. They are welcomed to take part in an interactive communication process.

Three messages of the Educational Programme for Zambian Learners:

- Knowledge is the key for active participation in democracy
- There can be no democracy without Parliament
- Zambian Learners need to know the functions of Parliament



“Spirit of Democracy”

This icon symbolizes the positive power of democracy. Each person’s contribution is equally appreciated regardless of their age, gender, ethnicity or whether the person is disabled or not. All citizens are equally important to build together “One Zambia One Nation”.



“Access to Information”

Democracy needs transparent institutions and informed citizens. Key and drum symbolise the right of Zambian Learners to access information on the performance of their Government and Parliament.



“Freedom of Expression”

This icon shows the right of all Zambians to get involved in decision-making processes by owing an opinion and express it freely and publicly.



The Educational Programme was drafted in several Workshops involving relevant stakeholders from inside and outside Parliament.

© Jutta Kepplinger

Tools to teach democracy

Kashimbi Limata, Acting Deputy Principal Clerk for Parliament Radio and Television

I started working for the Zambian Parliament in 2007 and was the Senior Public and International Relations Officer at the beginning of the cooperation between the Public Relations Departments in the Zambian and Austrian Parliaments, which began with the signing of a Memorandum of Understanding (MoU) between the two partners in 2017. The project aimed at making the two parliaments „Accessible, Transparent, Open and Modern“, i.e. ATOM, and by this strengthening their position in the democratic system.

Among the goals that could be achieved in the project are tools that can be used to teach democracy. These include democracy games to visualize the law-making process, workshops for children on how to participate in the democratic processes. These tools not only contribute to teaching democratic foundations and parliamentary processes but also add to building a basis for an interest in political participation and public opinion building.

Inclusive Educational Programme

It is important to have an elaborate Educational Programme that clearly stipulates how the Zambian Parliament

intends to teach democracy to all the Zambian Learners. The programme is also important for the learners because various tools can be designed to meet the needs of the various categories of the target groups, so that also learners with disabilities and young people in correctional facilities can benefit from the programme. In drawing the Educational Programme two workshops were held at the Zambian Parliament.

The workshops were important because participants came from all relevant stakeholders such as the learners, teachers, Members of Parliament, the Curriculum Development Centre, staff from the Ministry of General Education, staff of both the Zambian and Austrian Parliament who are responsible for conducting guided tours and representatives from the correctional facilities and constituency offices among others. The information and inputs gathered from the workshop participants formed the basis for the drafting of the Educational Programme, in particular the Mission and Vision of the Programme. In addition, suggestions were made on how to make the programme more inclusive, for example interactions with colleagues who manage Community Schools in

Zambia gave an insight on how this category of Zambian learners can be integrated in the programmes offered by the Zambian Parliament.

Developing easy recognisable icons

Furthermore, I appreciated the involvement of students from Evelyn Hone College of Applied Arts and Commerce who designed the Icons for the Educational Programme. The use of icons has added a new taste to the documents drawn by the Zambian Parliament and it is my hope that the Zambian learners will find the icons appealing and easy to interpret, therefore, driving the message of the importance of parliament and democracy home.

Exchange Visits

I have gained a lot from the exchange programmes with colleagues from the Austrian Parliament such as how the teaching of democracy is done. Unlike in the context of the Zambian Parliament, the experience from the Austrian Parliament showed how the contact with Parliament can be made more interactive through formats such as the



© beide Fotos
Jutta Kepplinger

Der Weg eines Gesetzes als interaktive Übung – Kashimbi Limata und Temwa Nyirenda mit Esther Deutsch-Quiñones, Teamleiterin Parlamentsführungen und Kaspar Wohlleb.



In der Abteilung Corporate Identity/Publikationen wurde über Einheitlichkeit von Layouts diskutiert – die beiden PR-Verantwortlichen aus Sambia mit Pia Wiesböck.



© beide Fotos
PD/Zinner

Am FORUM nahmen auch die ehemaligen Projektpartner aus dem Mosambikanischen Parlament teil und nutzen die Gelegenheit für einen Austausch mit den Kolleg*innen aus Sambia. Im Bild: Figureido Sengo, Oriël Chemane, Thomas Holzinger, Kashimbi Limata und Temwa Nyirenda.

Temwa Nyirenda präsentiert Eckpunkte des Besucherprogramms im sambischen Parlament.

democracy workshops, which give the participants an opportunity to interact more among themselves as they discover and learn about democracy and parliament. The interaction with Members of Parliament in the democracy workshops is also very exciting because the participants are exposed to the actual law makers. I also learnt in the exchange visits at the Austrian Parliament that the use of tools such as the machine of legislation, videos and the time line game among

others spiced up the tours making the participants active throughout. All in all it has been a great learning experience working on this project.

However, human resource has been a challenge, for example, multi tasking working on the project and other office assignments has been challenging on the human resources. Deadlines had to be met but more importantly a good piece of work had to be delivered for the benefit of all the Zambian learners.

THE AUTHOR

Kashimbi Limata was a senior officer at the Public Relations department of the National Assembly of Zambia (NAZ) and a focal point for the cooperation between the Zambian and Austrian parliaments throughout the NorthSouth-Dialogue of Parliaments project. She is a central actor with regards to implementing the Educational Programme for Zambian Learners at NAZ.



Das diesjährige International Forum of Parliament Visitor Centers fand vom 23. bis 25. Mai im Österreichischen Parlament statt.

Kashimbi Limata bei der Breakout Session „Design Thinking“ des International Forum of Parliament Visitor Centers

Das Lehrlingsparlament als Ideengeber

Im Rahmen eines einwöchigen Arbeitsaufenthaltes besuchten die stellvertretende Leiterin der Öffentlichkeitsabteilung des sambischen Parlaments, Kashimbi Limata und ihr Kollege Temwa Nyirenda, der neue Leiter der Abteilung Besucherzentrum, auch das Lehrlingsparlament des österreichischen Parlaments und holten sich dabei Anregungen für die Umsetzung ihrer eigenen geplanten Aktivitäten mit sambischen Jugendlichen.



Kim Nommesch vom „Zentrum für politische Bildung“ aus Luxemburg, die ebenfalls als Gast das Lehrlingsparlament besuchte, tauschte sich mit den sambischen Kolleg*innen aus.



© alle Fotos PD/Jantzen/Appel



Ab.z.NR und Mitglied der JPPG des Parlamentarischen NordSüdDialogs, Eva-Maria Holzleitner, in Diskussion mit Lehrlingen.



Ab.z.NR und Mitglied der JPPG des Parlamentarischen NordSüdDialogs, Nico Marchetti, fungierte beim Lehrlingsparlament als Präsident.



Hon. Patricia Mwashingwele

Im Mai erreichte uns die traurige Nachricht vom Tod der Abgeordneten Hon. Patricia Mwashingwele, Vorsitzende der sambischen Peer Group des Parlamentarischen NordSüdDialogs. Hon. Mwashingwele war eine engagierte und starke Persönlichkeit und wir fühlen uns geehrt, dass wir im Projekt mit ihr zusammenarbeiten durften. Ihre ruhige, nachdenkliche und immer konstruktive Art wird uns in unserer Zusammenarbeit sehr fehlen.

Unser aufrichtigstes Beileid gilt der National Assembly of Zambia und der Familie von Hon. Mwashingwele.

Großer Erfolg des zweiten INDABA im sambischen Parlament

Jutta Keplinger, Parlamentarischer NordSüdDialog



Die sambische Ministerin für Hochschulbildung, Prof. Nkandu Luo, bei ihrer Eröffnungsrede.

Am 4. und 5. März 2019 wurde im Rahmen des Parlamentarischen NordSüdDialogs das Zweite INDABA "Job creation for our Zambian Youth – from challenges to action" im sambischen Parlament abgehalten. Die mehr als 150 Besucher*innen aus Politik, führender sambischer Bildungseinrichtungen, Jugendvertreter*innen, zivilgesellschaftlicher Organisationen und auch Donoren diskutierten in eineinhalb Tagen über die Bedeutung von praxisnaher Ausbildung als Garant für einen guten Arbeitsplatz.

Die Veranstaltung baute auf den Ergebnissen des ersten INDABA im Oktober 2018 auf, in dem die Herausforderungen des sambischen (Aus)Bildungssystem im Kontext der Beschäftigungschancen von Jugendlichen am Arbeitsmarkt von verschiedenen Seiten beleuchtet und herausgearbeitet wurden.

Bereits in ihrer Eröffnungsrede verwies die sambische Ministerin für Hochschulbildung und Berufsausbildung,

Prof. Nkandu Luo, darauf dass ein funktionales und effizientes Bildungssystem Grundvoraussetzung für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Sambias ist, vor allem auch vor dem Hintergrund, dass jährlich Zehntausende von jungen Menschen Arbeit suchen. Sie betonte, dass der Bildungssektor in Sambia eine vollständige Umgestaltung benötige, um jungen Menschen jene Fähigkeiten zu geben, die sie brauchen, um im Erwerbsleben Fuß zu fassen. In Sambia besteht derzeit ein grobes Missverhältnis zwischen der angebotenen Ausbildung und den Bedürfnissen der Industrie. Das schadet nicht nur den jungen Menschen und der Wirtschaft, sondern hemmt auch das Wirtschaftswachstum, die Möglichkeiten Steuern zu lukrieren und ein stärkeres Sozialsystem aufzubauen.

Prof. Luo zeigte sich begeistert vom dualen Lehrlingsausbildungssystem in Österreich und schilderte den Teilnehmer*innen des INDABA sehr eindringlich ihren Eindruck von Lehrwerkstätten während ihres Arbeitsbe-

suches in Österreich. Für Sambia ist die enge Vernetzung von Wirtschaft, Arbeitsmarktservice und den zuständigen Bildungseinrichtungen im Bereich der Ausbildung von jungen Menschen Neuland. Ministerin Luo ist bestrebt, dies möglichst rasch zu ändern und betonte in ihrer Rede, wie wichtig hier eine Zusammenarbeit mit Österreich sei. Diesbezügliche Reformen, die einen starken Praxisbezug haben müssen und Fachkräfte für die zentralen Wirtschaftsbereiche Sambias aufbauen sollen, seien notwendig und unabdingbar. Der Parlamentarische NordSüdDialog mit seinem Ziel die Implementierung des SDG 4.4 (bis 2030 die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich erhöhen, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen) in Sambia zu stärken hat hier zur richtigen Zeit einen Nerv getroffen. Durch den Kontakt mit den Abgeord-

© Fotos Blink-StarPhotography Lusaka



Die Mitglieder des sambischen Joint Parliamentary Peer Group des PNSD mit Abg.z.NR Nico Marchetti, der das INDABA in Lusaka besuchte.



Die Diskussionen in den Gruppenarbeiten und Workshops wurden sehr angeregt geführt.

neten aus Österreich sei ein Austausch initiiert worden mit einem Land, das genau für sein Berufsausbildungssystem international als „best practise“ Beispiel gesehen wird. Durch den Arbeitsbesuch in Österreich sieht sie sich in den weiteren Schritten hin zum Ausbau eines praxisnahen Ausbildungssystems bestärkt.

Abg.z.NR Nico Marchetti, der als Vertreter der österreichischen Peergruppe die Teilnehmer*innen begrüßen durfte, verwies in seiner Rede darauf, dass die heutige Generation junger Menschen in Sambia und in Österreich, obwohl sie in verschiedenen Teilen des „globalen Dorfes“ lebt, aufgrund der rasanten technologischen Sprünge der letzten Jahre vor sehr ähnlichen Herausforderungen steht. Umweltprobleme, Digitalisierung, Ressourcenknappheit und Mobilität bringen großen Veränderungen mit sich und werden die Arbeitsmärkte und daher auch das Bildungssystem der Zukunft stark beeinflussen. Es ist die Pflicht als Politiker*innen proaktiv zu sein und einen Rahmen zu setzen,

in dem sich die Jugend engagieren kann. Bildungspolitiker*innen, müssen planen und vorausdenken, um es jungen Menschen zu ermöglichen das zu lernen, was sie in der Zukunft am Arbeitsmarkt brauchen. Das ultimative Ziel für beide Länder muss es sein, den jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen, durch die sie nicht nur in der Lage sind sich selber ein gutes, selbstbestimmtes Leben aufzubauen, sondern auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung ihres Landes zu leisten.

Auf großes Interesse stießen auch die Inputs der Experten des BMBWF, Christian Dorninger und Reinhard Nöbauer, sowie von Friedrich Dallamaßl von der Wirtschaftskammer Oberösterreich. Nicht nur die Fragen im Plenum, sondern auch die Gruppenarbeit, in der die drei Experten eingebunden waren, zeugten vom Wunsch der sambischen Teilnehmer*innen, die Chancen der sambischen Jugend auf einen Arbeitsplatz im formellen Sektor durch gezielte Maßnahmen im berufsausbildenden

Bereich zu stärken. Vertreter*innen von Frauenorganisationen, aber auch Schulleiter*innen waren besonders interessiert daran zu erfahren, wie man Mädchen und junge Frauen besser in technischen Berufen ausbilden kann. Hier stellten die österreichischen Experten fest, dass dies auch in Österreich noch immer eine Herausforderung darstellt und man vielleicht gemeinsam Ideen entwickeln kann, wie man Verbesserungen herbeiführen kann.



Übersetzung in Zeichensprache, denn Inklusion ist im Parlamentarischen Nord-SüdDialog wichtig.

© Alle Fotos, auch Seiten 15 und 16, BlinkStarPhotography Lusaka



Bereits im Jänner wurde in Wien ein Memorandum of Understanding zwischen Ministerin Prof. Nkandu Luo und BM Heinz Faßmann unterzeichnet, das Sambia in das Austrian-African-Research Network einbindet und auch Kooperationen auf Hochschulebene fördert. Im Rahmen des Delegationsbesuchs in Wien wurde u.a. auch ein Runder Tisch im Bildungsministerium abgehalten.

© beide Fotos BMBWF/Bieniek

Ideen und Inspirationen für ein duales Ausbildungssystem in Sambia

Interview mit den drei österreichischen Experten, die beim 2. INDABA in Sambia zu „Job creation for the Zambia Youth“ teilgenommen haben.

Im Zuge der Vorbereitungen und der Durchführung des zweiten INDABA im sambischen Parlament ist der Parlamentarische NordSüdDialog an drei Bildungsexperten aus Österreich herangetreten, um zum Thema Berufsausbildung, duales Ausbildungssystem und Lehrlingsausbildung in Österreich zu referieren bzw. sich ein Bild über mögliche Kooperation im Sinne des von BM Faßmann und Ministerin Luo unterzeichneten Memorandum of Understanding zu machen.

In einem Interview stehen die drei Experten, Dr. Christian Dorninger (Projekte Sektion I, BMBWF), MinR Mag. Reinhard Nöbauer (Experte für Internationale Angelegenheiten in der Berufsbildung, BMBWF) und Mag. Friedrich Dallamaßl von der Wirtschaftskammer Oberösterreich (Leiter der oberösterreichischen Lehrlingsstelle) Rede und Antwort.

Parlamentarischer NordSüdDialog (PNSD): Mit welchen Erwartungen haben Sie an der Reise nach Sambia teilgenommen?



Christian Dorninger: Meine Erwartungen gingen in die Richtung, ein afrika-

nisches Land und sein Bildungssystem kennen lernen und den Entwicklungsstand bezüglich Schulbildung und Arbeitsmarkt einschätzen zu können. In einer intensiven, wenn auch kurzen Zeit nahmen wir an einer Konferenz auf Parlamentsebene teil und besuchten auch viele postsekundäre Bildungseinrichtungen in Lusaka und dem Copperbelt. So entstand ein recht spannender Zugang zum Bildungsgeschehen in Sambia.

Reinhard Nöbauer: Da ich bereits viele berufsbildende Schulen in zahlreichen Schwellen- und Entwicklungsländern gesehen habe, war ich von den besuchten Schulen in Sambia sehr positiv überrascht. Die technische Ausstattung in einigen der besuchten Schulen ist noch verbesserungsfähig, generell machten sie aber einen sehr positiven Eindruck, sind gut geführt und das Lehrpersonal und die Schüler*innen wirken ernsthaft und motiviert. Wahrscheinlich sind die besuchten Schulen nicht unbedingt für das ganze Land repräsentativ, aber jedenfalls gibt es im Land positive Beispiele, auf denen man aufbauen kann.

Friedrich Dallamaßl: Da ich zuvor keine Detailinformationen über das Bildungssystem in Sambia hatte, ließ ich mich vor Ort „überraschen“. Es hat sich für mich gezeigt, dass es einzelne Ansätze einer beruflichen Ausbildung in Sambia gibt. Es ist sicherlich wünschenswert, wenn diese Zielsetzung auf weitere Wirtschaftsbereiche ausgedehnt wird.

PNSD: Was halten Sie von derartigen länderübergreifenden Partnerschaften? Was ist nötig, um diese sinnvoll zu gestalten?



Reinhard Nöbauer: Länderübergreifende Partnerschaften können wertvolle Impulse für die Entwicklung von Bildungssystemen, aber auch einzelnen Schulen liefern. Die wichtigste Voraussetzung für internationale Kooperationen sind die beteiligten Expert*innen und Lehrkräfte in den Partnerländern. Für die weitere Kooperation müssten daher die geeigneten Personen gefunden werden. Gerade ärmere Länder brauchen teils Unterstützung bei der Organisation eines Expert*innenaustausches. Auch die Finanzierung muss gesichert sein.

Friedrich Dallamaßl: Neben dem möglichen Vorbild des Dualen Systems aus Österreich wird es aus meiner Sicht vor allem auch Systempartner*innen vor Ort benötigen, die dieses Angebot inhaltlich entwickeln und zugleich für das „Matching“ zwischen Ausbildungsangeboten und Nachfragenden verantwortlich sind. In Österreich nehmen diese Aufgaben vor allem die Sozialpartner*innen und das Arbeitsmarktservice wahr.

Christian Dorninger: Derartige Kooperationen sind dann sinnvoll, wenn die

beteiligten Länder Ideen und Inspirationen daraus ziehen können. Dies könnte mit Sambia wegen der großen Offenheit und dem hohen Interesse der Verantwortlichen, besonders der Bildungsministerin Prof. Nkandu Luo, der Fall sein. Zur Aufrechterhaltung der Partnerschaft braucht es gut geplante Veranstaltungen von Bildungsträger*innen, Firmen und Sozialpartner*innen der beteiligten Länder, die ganz konkrete Projekte der Zusammenarbeit planen und durchführen.

PNSD: Bei der Veranstaltung INDABA wurde das Augenmerk auf eine Verbesserung der praxismahen Ausbildung von Jugendlichen in Sambia gelegt. Was sind aus Ihrer Sicht die Herausforderungen des sambischen (Aus)Bildungssystems?



Friedrich Dallamaßl: Aus meiner Sicht gibt es zumindest zwei Herausforderungen, nämlich einerseits die Festlegung jener beruflichen Ausbildungen, die am Arbeitsmarkt tatsächlich auch nachgefragt werden, und andererseits die Abstimmung der Curricula dieser zuvor genannten praxisrelevanten Ausbildungen auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Wirtschaft. Diese beiden Zielsetzungen gilt es auch gleichermaßen in Österreich immer wieder ins Auge zu fassen. Gerade im Bereich der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen ist es wichtig, dass die Bildungsangebote am Bedarf der Wirtschaft und möglichst praxisbezogen gestaltet sind.

Christian Dorninger: Die Herausforderungen sind groß, da ein duales Ausbildungssystem mit vertraglich fixierten Firmenlehren und –ausbildungen in Sambia nicht etabliert ist. Vor allem die

Seite der „Lehrbetriebe“ müsste sich erst organisieren. Daher erscheint es wohl realistischer ein Fachschulsystem mit sorgsam aufgebauter Differenzierung in Berufsfelder und ausgedehnten Praxisphasen in „Modell-Betrieben“ anzudenken. Österreich hat in der Integration von Schule und Betrieb viel Erfahrung. Wichtig ist auch aufzuzeigen, dass im Bereich der höheren Schulbildung auch angewandte Forschung betrieben werden kann.

Reinhard Nöbauer: Sambia ist ein sehr junges Land und zählt heute etwa 20 Millionen Einwohner*innen. Im Jahr 2050 werden es bereits doppelt so viele sein. Daraus ergeben sich die größten Herausforderungen für die Zukunft des Landes und das Bildungssystem. Bereits heute gibt es eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und viele informelle Beschäftigungsverhältnisse. Auf der anderen Seite fehlt es im Land an Expert*innen und folglich werden Stellen im Bergbaubereich und anderen Sektoren mit höher qualifizierten Ausländer*innen besetzt. Hauptaufgabe des Bildungssystems in den nächsten Jahren wird es sein, möglichst vielen Jugendlichen eine adäquate Beschäftigung zu ermöglichen. Für viele Jugendliche wird dabei nur der Weg in die Selbständigkeit bleiben, daher sollten im Schulsystem auch unternehmerische Fähigkeiten entwickelt werden.

PNSD: Welche realistischen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Österreich und Sambia im Bereich Berufsausbildung wären aus Ihrer Sicht interessant?

Reinhard Nöbauer: Im Bereich der Berufsbildung hat die Kooperation mit Österreich den Vorteil, dass hier sowohl die schulische Berufsbildung als auch das duale System hervorragend entwickelt sind und als Modell dienen könnten. Die Erfahrung lehrte mich, dass in vielen Ländern die Betriebe gegenüber der Lehrausbildung traditionell nicht sehr offen sind und das scheint auch in Sambia der Fall zu sein. Erste Wahl wäre daher wohl die Kooperation in der schulischen Berufsbildung.

Friedrich Dallamaßl: Die Möglichkeit zur Zusammenarbeit besteht sicher

primär darin, das duale Ausbildungssystem in der gelebten Praxis zu zeigen. Dazu gibt es die Möglichkeit, dass sich Vertreter*innen der sambischen Wirtschaft sowie des Bildungssystems über jene Berufe in Österreich genauer informieren, die von besonderem Interesse sind. Die WKOÖ ist gerne bereit, bei diesbezüglichen Terminen zu unterstützen.

Christian Dorninger: In der Berufsbildung verweise ich auf den möglichen Aufbau eines Fachschulsystems mit ausgedehnten Berufspraktika. Wichtig ist, dass sich in Sambia mindestens 10 Partnerbetriebe quer durch die Branchen für eine gute Zusammenarbeit mit Ausbildungsstätten finden. Dabei kommt auch der „Start-Up“-Szene, die sich in Lusaka aufbaut (Lusaka Innovation Hub) eine wichtige Rolle zu.

PNSD: Wie könnte die effektive Umsetzung der Kooperation vorangetrieben werden, welche Schritte und Ressourcen wären dafür nötig?

Christian Dorninger: Es sollte mit dem Austausch von Planungsgrundlagen für den fachlichen Unterricht wie Lehrplänen und Lernmaterialien beginnen, sodass die Erwartungen beider Seiten konkretisiert werden können. Durch Englisch als Arbeitssprache sollten hier keine Barrieren bestehen. Dann könnte man bald mit einem sehr einfachen Lehrer*innenaustauschprogramm beginnen, und – so Mittel (ERASMUS 2021-27) zur Verfügung stehen – mit einem Schüler*innen- und Studierenden-Austauschprogramm weitermachen.

Friedrich Dallamaßl: Wie bereits erwähnt, bedarf das duale System einer gewissen Struktur von Systempartner*innen. In Österreich sind das die Vertreter*innen der Betriebe (Wirtschaftskammern oder Unternehmensverbände), die Vertreter*innen der Dienstnehmer/Auszubildenden (Arbeiterkammern), die Bildungsseite in Form des Ministeriums und der Berufsschulen, sowie diverse Schnittstellen zwischen Betrieben und den Jugendlichen, beispielsweise dem Arbeitsmarktservice oder der öffentlichen Hand. Diese Institutionen stellen in Österreich

die wichtigsten Stakeholder für das Duale System dar und sollten eingebunden werden.

Reinhard Nöbauer: Wichtig ist es, realistisch zu bleiben und zu berücksichtigen, dass die Ressourcen in Österreich beschränkt sind. Auf keinen Fall sollen zu hohe Erwartungen geweckt werden, die Österreich dann

nicht erfüllen kann. In einem ersten Schritt würde sich eine Weiterbildung für Berufsbildungsexpert*innen, Schulleiter*innen und Lehrer*innen aus Sambia in Österreich anbieten. Themen können dabei der fachpraktische Unterricht, die Entwicklung von geeigneten Lehrplänen oder die Kooperation mit der Wirtschaft sein. Wichtigster erster Schritt wäre es genau auf die Wün-

sche und Bedürfnisse der sambischen Partner*innen einzugehen und die richtigen Personen für einen solchen Austausch zu finden.

Herzlichen Dank für das Gespräch und Ihr Engagement in diesem Projekt!

FAIRTRADE Ausstellung im Parlament

Zentraler Inhalt der diesjährigen Ausstellung war der Existenzlohn oder auch Living Wage. Ursachen für dessen Nicht-Erreichen stellen u.a. zu niedrige gesetzliche Mindestlöhne oder die unfaire Verteilung von Einkommen und Gewinnen entlang der (internationalen) Wertschöpfungsketten dar. Der Living Wage basiert auf dem Konzept, dass Arbeit ein ausreichendes Einkommen zur Deckung der Lebenshaltungskosten einer Familie bieten und die Teilhabe am sozialen Leben ermöglichen soll. FAIRTRADE leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, dass Kleinbauernfamilien und lohnabhängige Beschäftigte auf Plantagen im globalen Süden ein sicheres und gutes Leben führen und über ihre Zukunft selbst bestimmen können, und zwar durch faire Preise für ihre Anbauprodukte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen



Weltweit arbeiten über eine Milliarde Menschen lohnabhängig beschäftigt als sogenannte Working Poor. Trotz harter Arbeit können diese Menschen oft nicht für den eigenen und den Lebensunterhalt ihrer Familien aufkommen, beschrieb auch Helmut Schüller, Vorstandsvorsitzender von FAIRTRADE Österreich.



Der Präsident des Nationalrates, Wolfgang Sobotka, eröffnete die FAIRTRADE Ausstellung und betonte die Wichtigkeit des Nachhaltigkeitsgedankens, der gerade durch FAIRTRADE auf eine klare und effektive Weise unterstützt wird. Zahlreiche Abgeordnete kamen zur Eröffnung der diesjährigen Ausstellung.



Die Geschäftsführerin des Netzwerks Soziale Verantwortung, Carla Weinzierl, appellierte an die Gesetzgeber, sich stärker für soziale Verantwortung einzusetzen und betonte die Bedeutsamkeit einer verbindlichen Regulierung für Unternehmensverantwortung auf EU-Ebene.



In zahlreichen Gesprächen wurde auch über die SDGs diskutiert. Das existenzsichernde Einkommen ist eng mit dem Nachhaltigen Entwicklungsziel, SDG 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum) verknüpft.

Mineralische Rohstoffe: Chance für Entwicklung?

Lukas Wank, AG Globale Verantwortung

Mineralische Rohstoffe spielen eine wichtige Rolle in unseren Leben – beispielsweise als wesentliche Bestandteile in Mobiltelefonen, Kameras oder e-Scootern. Sie haben aber auch Auswirkungen auf jene Länder, in denen sie abgebaut werden.

Der Abbau von Rohstoffen hat sich weltweit in vier Jahrzehnten mehr als verdreifacht, u.a. weil bestimmte Rohstoffe für neue Technologien benötigt werden. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Ganz im Gegenteil, der Wettbewerb darum nimmt weltweit zu. Große Rohstoffreserven liegen in Ländern des Globalen Südens und bestimmte mineralische Rohstoffe kommen nur in wenigen Ländern vor. Das führt dazu, dass Importländer – auch Österreich – im Rahmen ihrer Rohstoffpolitik den Zugang zu den Märkten strategisch wichtiger Länder sicherstellen möchten.

Auswirkungen vor Ort

Angesichts dieses Booms hat die Abhängigkeit vieler Länder von Rohstoffexporten in den letzten Jahren zugenommen. Vor allem in afrikanischen Ländern ist der Rohstoffabbau von zentraler Bedeutung für die Volkswirtschaft. Meist führt dies jedoch nicht zum erhofften wirtschaftlichen Aufschwung, da viele rohstoffreiche Länder dadurch weder ausreichend staatliche Einnahmen noch genügend lokale Beschäftigung erzielen können. Die Weiterverarbeitung und Wertschöpfung geschieht oft in anderen Ländern. So betrug der staatliche Ertrag gegenüber den Produktionskosten aus der Goldförderung in Tansania im Jahr 2009 beispielsweise nur 10,3 %. Staaten fehlen somit Einnahmen mit denen sie Gesundheits- und Bildungswesen ausbauen, Armut reduzieren, Arbeitsplätze schaffen und so eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen könnten.

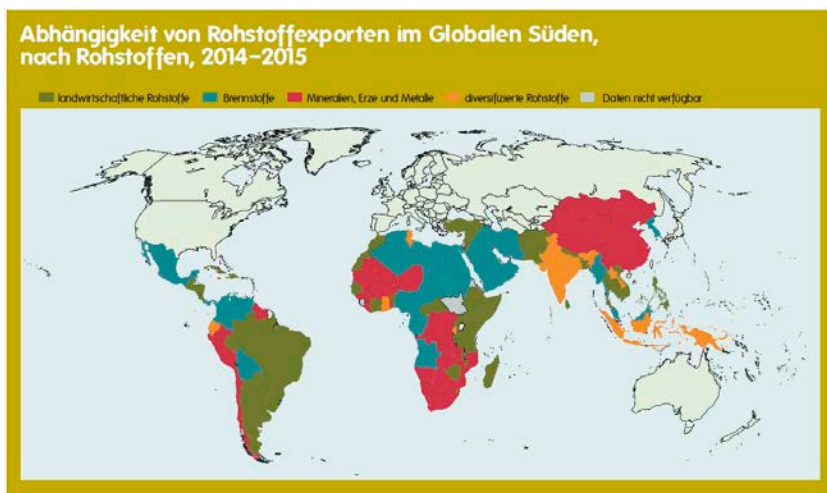


Abbildung 1: Viele Länder des Globalen Südens sind vom Export unverarbeiteter Rohstoffe abhängig. Quelle: UNCTAD (2017): State of Commodity Dependence 2016, S. 39

Abbau und Verarbeitung mineralischer Rohstoffe haben in vielen exportierenden Ländern des Globalen Südens außerdem negative soziale und ökologische Auswirkungen. In allen Phasen des Rohstoffabbaus kommt es u.a. zur Verletzung von Menschenrechten, oft auch zu Umsiedlungen, der Verschmutzung der Umwelt, der Zerstörung von Lebensgrundlagen und dadurch nicht selten zur Verarmung der betroffenen Bevölkerung – allesamt Auswirkungen, die entwicklungspolitischen Zielen entgegenwirken, wie etwa Armut bekämpfen, Bildung fördern, Frieden sichern, Gleichberechtigung der Geschlechter, Umwelt und Ressourcen bewahren, Menschenrechte wahren, Demokratie fördern oder Ernährung sichern.

Bilaterale Investitionsabkommen im Rohstoffsektor

Durch den Abschluss bilateraler Investitionsabkommen (BITs) mit rohstoffreichen Ländern sichert die EU – wie auch Österreich – im Rahmen ihrer Rohstoffstrategien, Handels- und Investitionspolitik den Zugang zu Rohstoffen

am globalen Markt, um wettbewerbsfähig zu bleiben und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen. Länder mit großen Rohstoffreserven wiederum erhoffen sich durch den Abschluss von BITs eine Zunahme an Investitionen. In der Realität dienen BITs oft aber eher dem Schutz privater Investor*innen. So können Investor*innen beispielsweise vor internationalen Schiedsgerichten staatliche Maßnahmen, etwa Steuer- oder Umweltvorschriften, anfechten, sofern diese die ursprünglich erwartete Rendite einer Investition reduzieren. Die Zahl solcher Klagen von Investor*innen gegen Staaten hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. In Afrika betrafen 25 % aller bekannten Klagen Investitionen im Rohstoffsektor. Die Schlichtungskosten eines Streitfalls und daraus resultierende Kompensationszahlungen lagen im Jahr 2017 bei durchschnittlich 504 Mio. USD – Mittel, die diesen Ländern für eine nachhaltige Entwicklung fehlen. Daneben verbieten BITs sogenannte Local Content-Vorschriften, die festlegen, wie hoch der Anteil der Wertschöpfung im exportierenden Land (mindestens) sein muss.

Österreichische Rohstoffpolitik am Beispiel Armenien

Österreich hat ebenfalls BITs abgeschlossen, insgesamt mit 60 Staaten. Auch diese können den politischen Spielraum von Ländern des Globalen Südens einschränken, denn sie sind meist vage formuliert und können von Schiedsgerichten breit interpretiert werden. Im österreichischen Mustertext, der solchen Abkommen zugrunde liegt, finden sich beispielsweise weder eine Berufungsinstanz bei Schiedsgerichten, noch ethische Anforderungen an die Schiedsrichter*innen. Im Fall des BITs zwischen Österreich und Armenien, gleichzeitig ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA), sind im Speziellen die Grundsätze der „gerechten und billigen Behandlung“ von Investor*innen und das breit gefasste Verständnis von „Enteignung“ problematisch, da sie von Unternehmen leicht zu ihren Gunsten interpretiert werden können.

Bedingungen für Entwicklung

Insgesamt schränken BITs in vielen Fällen den politischen Gestaltungsspielraum von rohstoffexportierenden Ländern ein. Zudem verunmöglichen sie die Nutzung des Potentials des Rohstoffsektors (wie der Schaffung von Arbeitsplätzen) zur Beendigung von Armut und der Ermöglichung eines guten Lebens für alle Menschen weltweit. Um dieses Potential auszuschöpfen, müssen alle Politikbereiche – also auch die Rohstoffpolitik – so abgestimmt und gestaltet werden, dass sie entwicklungspolitische Ziele unterstützen und nicht behindern. Nur mit einer kohärenten Politik im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung (PCSD) können die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung der UN und ihre 17 Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) erreicht werden.

Die österreichische Bundesregierung sollte daher PCSD gemäß österreichischem und EU-Gesetz und SDG 17.14 im Rohstoffsektor umsetzen und dafür:

- festlegen, wer welche Verantwortlichkeit und Kompetenz in Bezug auf PCSD in der Verwaltung innehat;



Abbildung 2: Investor*innen klagen Staaten immer häufiger vor privaten Schiedsgerichten auf Grundlage von Investitionsabkommen. Quelle: UNCTAD (2018); World Investment Report 2018, S. 92. Inkludiert sind nur öffentlich bekannt gewordene Klagen.

- unterschiedliche Politikbereiche so aufeinander abstimmen und gestalten, dass sie entwicklungspolitische Ziele und Maßnahmen unterstützen und nicht behindern;
- im Sinne eines ganzheitlichen Politikverständnisses und von PCSD die barrierefreie Partizipation der relevanten Stakeholder, insbesondere des Parlaments, der Zivilgesellschaft und der wissenschaftlichen Institutionen gewährleisten;
- eine zentrale Instanz für die Umsetzung von PCSD auf höchster politischer Ebene einrichten, die im Falle von politischen Inkohärenzen oder gegensätzlichen Interessen nach klaren Kriterien Entscheidungen treffen kann;
- BITs und deren Mustertext so überarbeiten, dass diese die politischen Spielräume von Staaten nicht einschränken;
- sich auch auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Handelsabkommen der EU die politischen Spielräume von Staaten nicht einschränken;
- sich auf internationaler Ebene für eine verbesserte Regulierung von Unternehmen einsetzen, um die unternehmerische Verantwortung für die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards zu stärken;
- die österreichische Rohstoffstrategie so überarbeiten, dass diese die sozialen und ökologischen Auswirkungen bei Abbau und Verarbeitung von Rohstoffen in den Ländern des Globalen Südens prioritär berücksichtigt.

DER AUTOR

Lukas Wank ist Fachreferent bei der AG Globale Verantwortung, dem Dachverband entwicklungspolitischer und humanitärer Nichtregierungsorganisationen in Österreich.



Gemäß des rechtlich verankerten Grundsatzes der Politikkohärenz im Interesse nachhaltiger Entwicklung (PCSD) sollen alle Politikbereiche entwicklungspolitische Ziele unterstützen und nicht behindern. Die AG Globale Verantwortung beleuchtet in diesem Zusammenhang die derzeitige Rohstoffpolitik insbesondere hinsichtlich des Abbaus mineralischer Rohstoffe in Ländern des Globalen Südens und der dahingehend relevanten Handels- und Investitionspolitik.

Redaktion: Sophie Veßel und Annelies Vilim (AG Globale Verantwortung). **Grafiken:** Gerda Decker

ZAHLEN / DATEN / HINTERGRÜNDE

AUCH DIE KLIMAVÄNDERUNG HAT EINEN GENDER-ASPEKT

„People who are marginalized or poor, women, and indigenous communities are being disproportionately affected by climate impacts.“

Mary Robinson, Ireland's former president and former UN commissioner for human rights

Der Klimawandel ist eine globale Krise, die jeden Menschen auf der Welt betrifft. Obwohl die Auswirkungen alle Menschen gefährden, so sind Risiken und Lösungen nicht für alle gleich – insbesondere für Frauen, die aufgrund systembedingter Hindernisse, die ihre Fähigkeit zur effektiven Vorbereitung und Reaktion auf die Veränderungen einschränken, vor einzigartigen Herausforderungen stehen.

Aufgrund zugrunde liegender sozioökonomischer, politischer und rechtlicher Ungleichheit innerhalb von Staaten und Gesellschaften erfahren Frauen die Auswirkungen der Klimaveränderung in einem unverhältnismäßig starken Ausmaß.

Zu diesen Ungleichheiten zählen u.a. eine diskriminierende Gesetzgebung oder der eingeschränkte Zugang zu finanziellen Ressourcen (siehe Abb. 1).

Eine Veränderung sowohl hinsichtlich des Klimawandels als auch für die Gleichstellung der Geschlechter wird erst eintreten, wenn Staaten und Gesellschaften die strukturellen und systemischen Hindernisse angehen, Frauen in Lösungen einbeziehen und Frauen in den Mittelpunkt der Entwicklung von Klimastrategien stellen. Sie müssen befähigt sein, im Rahmen ihrer eigenen Entscheidungsgewalt zu handeln und andere zu beeinflussen.

Frauen, die mit adäquaten Instrumenten und Ressourcen ausgestattet sind, sind in der Lage den Klimawandel zu bewältigen. Als Innovatorinnen, Organisatorinnen, Führungskräfte, Pädagoginnen und Betreuerinnen können Frauen überall auf der Welt die schädlichen Folgen des Klimawandels eindämmen. Die Einbeziehung der Gleichstellung der Geschlechter in Strategien, Projekte und Fonds zum Klimawandel ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass Frauen zu gerechten Klimalösungen beitragen und von diesen profitieren.



Abb. 1: Gründe warum Frauen die Auswirkungen des Klimawandels unverhältnismäßig erfahren

Quelle: Harris, Samantha, and Abbott, Katie. 2018. "Climate and Women: The Business Case for Action." Report. BSR, San Francisco, p. 5.

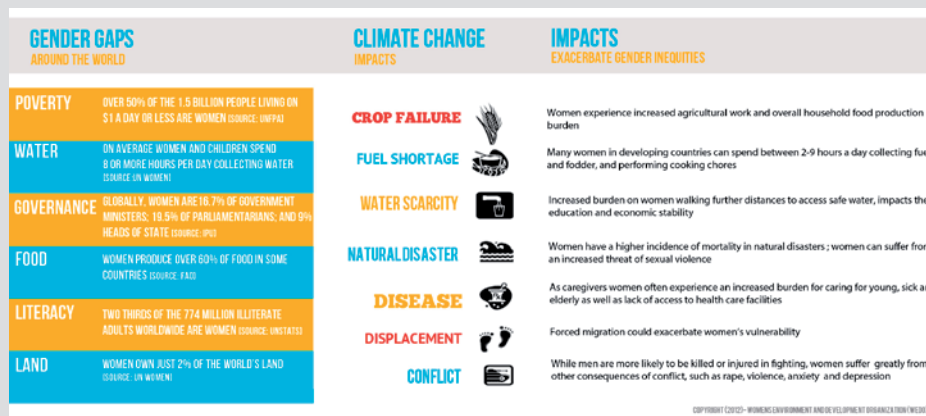


Abb. 2: Auf der ganzen Welt sind die wesentlichen Zusammenhänge zwischen der Gleichstellung der Geschlechter und den Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu erkennen.

Quelle: <https://wedo.org/women-making-the-case-for-u-s-action-on-climate-change/>